

Forderungen

Als logische Konsequenz aus dieser Analyse der globalen Situation unter den Aspekten einer militärischen Bedrohungslage ergeben sich die dringenden Verpflichtungen für die Bundesregierung und die EU,

- die offiziellen Atommächte aufzufordern, ihren Verpflichtungen aus dem NWV nachzukommen.
- an die bisherigen Nicht-Unterzeichner-Staaten der EU zu appellieren, den am 22. Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag¹ zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Die bisherigen offiziellen Atommächte werden spätestens nach der vollständig in internationaler Absprache erfolgten nuklearen Abrüstung aufgefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag ebenfalls beizutreten und ihn zu ratifizieren. Allerdings ist für Atomwaffenstaaten der Beitritt bereits vorher möglich, wenn sie einen verbindlichen Abrüstungsplan vorlegen. Das gilt auch im Fall der „Nuklearen Teilhabe“ z.B. für Deutschland.
- umgehend Verhandlungen zu einer neuen umfassenden Abrüstungsinitiative zu starten:
 - Verlängerung der START-Verträge zur Reduzierung und Begrenzung strategischer Trägersysteme und nuklearer Sprengköpfe;
 - Verlängerung bzw. Neubelebung des New START-Vertrags;
 - Verhandlung über eine deutliche Reduzierung der konventionellen Rüstung in Europa
 - Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen der USA in Deutschland gegen den Abzug der vergleichbaren Waffen in den westlichen Landesteilen Russlands;
 - Verhandlungen über die – zur Deeskalierung unbedingt notwendig zu bremsende – Drohnenrüstung² mit massiven Einschränkungen und Kontrollen;
 - Abkommen zur Entmilitarisierung des Weltraums, militärische Nutzung von Satelliten, zum Verbot von Anti-Satelliten-Waffen, zur Aktualisierung des Weltraumvertrags von 1967.³
- umgehend den bisherigen Kurs in der Ukrainepolitik zu ändern. Ziel muss eine diplomatische Lösung sein, um das Sterben, die Verletzungen und Zerstörungen auf allen Seiten zu beenden und die Gefahren von Atomkrieg, Umweltzerstörung und Klimakatastrophe zu beenden.

¹ <https://www.icanw.de/informieren/verbotsvertrag/>

² <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/ukraine-dossier-reisner-drohnen-5986698>

³ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regelbasierte-internationale-ordnung/voelkerrecht-internationales-recht/einzelfragen/weltraumrecht>

- die dafür notwendigen Sicherheitsgarantien der Ukraine auf Basis der UN und der OSZE sicher zu stellen. Deutschland, die EU-Länder und Großbritannien müssen sich angemessen an der Sicherung des Friedens beteiligen.
- die von Trumps Politik nachhaltige geschwächte NATO grundsätzlich, aber mit friedensfördernder Ausrichtung, neu aufzustellen, nicht im Sinn einer EU-GB-CND-Mini-NATO, die sowieso – wie bereits gezeigt wurde – nicht funktionieren wird, sondern mit der Aufgabe, durch Prävention, Bekämpfung von Kriegs- und Bürgerkriegs-Ursachen, gegen die Verfolgung von Minderheiten, durch Prävention gegen Hunger-, Natur und Klimaschäden Gewalt grundsätzlich vorzubeugen.
- politisches Asyl für Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und politische Flüchtlingen aller Staaten im Krieg, zumindest für die Dauer des Krieges und der rechtlichen Verfolgung bei Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren zu gewähren.
- jetzt in die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsländer der Fluchtbewegungen zu investieren: Finanziell, personell, logistisch und politisch ist dort den Gründen für Flucht gegen zu steuern durch z.B. Ende von Waffenlieferungen und Beendigung der Unterstützung der (Bürger-) Kriegs-Warlords, Verbesserung der Trinkwasserversorgung, Nahrungsmittel und medizinischer Hilfe sowie durch Aufbauhilfe. *Jeder dort investierter Euro spart das Mehrfache in Europa und lindert unendliches Leid.*
- eine zwingende Berücksichtigung von Umweltschäden in internationale Klimaschutzverträge zu implementieren, verursacht durch militärischen ‚Normalbetrieb‘ und für den Kriegsfall, die auch die Klimagasemissionen des Wiederaufbaus zerstörter Orte und Landschaften beinhalten müssen. Es sind hierbei verbindliche Kontrollen und Sanktionen für den Fall der Nicht-Ausweisung derartiger Umweltschäden einzubauen.